

deutschlands verboten, weil unser Programm der nationalen Wiedervereinigung, unsere Politik des Friedens, der Verteidigung der demokratischen Rechte und der sozialen Interessen der Werktätigen den Kriegsplänen der deutschen Imperialisten und ihrer Adenauer-Regierung entgegenstehen und den Volksmassen den realen Ausweg zeigen.

Die Monopolbourgeoisie glaubte, mit dem Verbot unserer Partei die Arbeiterklasse der marxistisch-leninistischen Führung berauben und ihren Vortrupp vernichten zu können. Sie hoffte, die Vorkämpfer für die nationalen und sozialen Interessen unseres Volkes zum Schweigen zu bringen, um ihre Allmacht über die Arbeiterklasse und das Volk zu festigen und ungestört ihre Pläne der Atomkriegsrüstung, der verschärften Ausbeutung und Entmachtung durchführen zu können. Aber die herrschenden Kreise haben sich gründlichst verrechnet.

In der letzten Bundestagsdebatte mußte Innenminister Schröder zugeben, daß sich die Aktivität der Kommunisten erhöht, daß Millionen Menschen gegen den Wahnsinn der atomaren Aufrüstung ankämpfen, daß in den verschiedensten politischen und weltanschaulichen Gruppierungen heute Forderungen im Interesse des Friedens, der Verständigung mit der DDR, der Sicherung der demokratischen und sozialen Rechte vertreten werden, wie sie lange Zeit allein von der KPD erhoben worden sind.

Nach den Erfahrungen zweier Weltkriege muß sich der Lebenswille der westdeutschen Bevölkerung den ebenso abenteuerlichen wie hoffnungslosen Absichten der deutschen Imperialisten entgegenstellen, die angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt nur mit einem völligen Fiasko enden können.

Dennoch, Genossen, dürfen wir den Ernst der Tatsache nicht übersehen, daß die deutschen Imperialisten und Militaristen gegen den erklärten Willen des Volkes ihre Pläne der atomaren Aufrüstung verwirklichen wollen. Die Bonner Armee soll, wie Adenauer in der Bundestagsdebatte vom 25. März 1958 erklärte, nach den Organisationsprinzipien atomar gegliederter Angriffsbrigaden aufgebaut werden. Für ihren Ausbau sind in den nächsten drei Jahren 52 Milliarden Mark veranschlagt, während im Rahmen der NATO-Planung für die atomare Aufrüstung Westdeutschlands weitere hundert Milliarden Mark angesetzt sind.